Heft 6-2022 | EUR 8,00 | C 12232

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

Richard Detje: Offensive für mehr Mitbestimmung

Otto König: Zum ersten Mal eine Frau an der DGB-Spitze

Forum Gewerkschaften

Beiträge u.a. von

Bernd Riexinger, Harald Wolf, Felix Jaitner, Klaus Busch, Wolfgang Müller, Björn Radke, Joachim Bischoff, Hinrich Kuhls, Mario Keßler, Florian Weis

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion zwischen den monatlichen Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Die New York Times ermahnt die US-Regierung

In die Debatte um die Kriegsziele der westlichen Länder hat sich jetzt auch die New York Times eingemischt. In einem Kommentar ihres Editorial Boards wird nach den Kriegszielen Amerikas gefragt und vor einer Ausweitung des Krieges gewarnt..

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Eindeutiger Gewinner der Landtagswahlen sind die Grünen, die mit einem Stimmenanteil von 18,2% ihr Ergebnis von 2017 um 11,8% verbessern konnten. Sie holten gegenüber der letzten Landtagswahl im Jahr 2017 dreimal so viele Wähler*innenstimmen.

Politischer Erdrutsch in Kiel

Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein ist deutlich: CDU-Ministerpräsident Daniel Günther soll die Zukunft des Landes für weitere fünf Jahre gestalten. Mit einem erdrutschartigen Vorsprung von über 20 Prozentpunkten vor den anderen Parteien erreicht die CDU ein Ergebnis, dass eine Zweier-Koalition wieder möglich macht.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Heft Nr. 6 | Juni 2022 | 49. Jahrgang | Heft Nr. 473

DIE LINKE in kriegerischen Zeiten

Bernd Riexinger:
DIE LINKE vor Parteitag und Vorstandswahlen 2

Harald Wolf: Linke Industriepolitik, Stärkung des Öffentlichen und neue Friedenslösungen. Wie die Krise überwunden werden könnte 6

Felix Jaitner: Die Stunde der Falken. Der Russland-Ukraine-Krieg ist nur der Auftakt für militärische Konflikte im postsowjetischen Raum 10

Der Klimawandel im Vormarsch

Björn Radke: Klimawandel – Extreme Wetterlagen gefährden globale Ernährung 15

Wolfgang Müller: Kann die VR China die Klimaziele erreichen? 20

Die Welt in tückischen Gewässern

Klaus Busch: Ende der politischen Stagnation in der EU? 25

Michael Wendl: Was kann »unkonventionelle« Geldpolitik in der EWU 30

Joachim Bischoff: Droht eine Rezession der Globalökonomie? 35

Hinrich Kuhls: Das »Globale Britannien« in tückischen Gewässern
Die Folgen einer Illusion 41

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Vorausschauende Arbeitspolitik als sozialer Eckpfeiler der Transformation (aus dem Memo 2022) 47

Forum Gewerkschaften

Richard Detje: Offensive für mehr Mitbestimmung
Vorschläge des DGB für ein Betriebsverfassungsgesetz des 21. Jahrhunderts . . 52

Otto König: Erste Frau an der DGB-Spitze
22. DGB-Bundeskongress in Berlin: Führungswechsel in schwierigen Zeiten . . 55

Dennis Faupel: »Wirkmächtigkeit« auf dem Prüfstand
Betriebsratswahlen im IG Metall Bezirk Mitte – eine vorläufige Bilanz 59

Forum Gewerkschaften: Kämpfen lohnt sich. Tarifeinigung im Sozial- und Erziehungsdienst: Entlastungstage und Sonderzulagen durchgesetzt 63

Geschichte | Buchbesprechung

Mario Keßler: Flucht in Ketten, Sehnsucht hinter Mauern
Die amerikanische Bürgerrechtsbewegung und die beiden deutschen Staaten . . . 65

Florian Weis: Antifaschisten, Marxisten und Antistalinisten
(zu Riccardo Altieris Doppelbiografie zu Rosi Wolfstein und Paul Frölich) 70

Impressum | Termine | Film

Impressum 57
Tipps zum Hingehen oder Online 72
Klaus Schneider: Blutsauer (Filmkritik) 73

Supplement

EuroMemo Gruppe: **EuroMemo 2022**
Zwischen Coronakrise und Ukraine-Krieg: Die EU im Jahr 2022

DIE LINKE vor Parteitag und Vorstandswahlen

von ■ Bernd Riexinger

Foto: dpa

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass es in Deutschland eine Partei links von der SPD gibt, die es regelmäßig schafft, in den Bundestag zu kommen und sich in der Parteienlandschaft behaupten kann. 2007 wurde DIE LINKE gegründet, und es ist ihr gelungen, große Teile der bis dato marginalisierten Linken in Westdeutschland und der hauptsächlich im Osten verankerten PDS unter einem Dach zu versammeln und sich deutlich links von der SPD und den Grünen zu etablieren. Es liegt in der Natur der Sache, dass eine linkspluralistische und heterogene Partei in ihrer immerhin schon 15-jährigen Geschichte immer wieder von Richtungsauseinandersetzungen und Krisen erfasst wurde. Trotz vieler Rückschläge und auch Wahlniederlagen ist es ihr immer gelungen, wieder auf die Füße zu kommen, sich zu verjüngen, neue Mitglieder und Wähler*innengruppen zu gewinnen und ihre Existenz zu behaupten.

Die aktuelle Krise, in der sich die Partei unübersehbar befindet, ist jedoch tiefer und dazu noch mit offenen Führungsfragen verbunden, die auf dem Parteitag im Juni beantwortet werden müssen. Nach der schweren Wahlniederlage bei den Bundestagswahlen im September letzten Jahres ist DIE LINKE nicht aus dem Tief herausgekommen. Nach einem kurzen Zwischenaufschwung, der mit der gelungenen Präsidentschaftskandidatur von Gerhard Trabert verbunden war, sind die Umfragen schnell wieder in den Keller gegangen und bewegen sich zwischen 3% und 5%. Die herben Wahlverluste im Saarland, Schleswig-Holstein und NRW waren so groß, dass die Landesparteien teilweise nur noch unter der Rubrik »Andere« ausgewiesen wurden.

Verschärft, aber nicht ausgelöst, wurde die Krise noch durch die öffentlich gemachte »Me Too«-Debatte, bei der insbesondere vom Spiegel durch fragwürdige Berichterstattung eine Beschädigung der Co-Vorsitzenden Janine Wissler herbeigeführt wurde. Der überraschende Rücktritt der weiteren Co-Vorsitzenden, Susanne Hennig-Wellsow, kurz vor zwei Landtagswahlen wirkte ohne Zweifel krisenverschärfend. Der Parteivorstand hat vor diesem Hintergrund beschlossen, die komplette Führung und den kompletten Parteivorstand neu zu wählen. Das ist verständlich, erschwert aber die dringend notwendige Klärung einiger grundlegender und kontroverser Fragen, wie die weitere Ausrichtung der Außen- und Friedenspolitik, die Positionen zum sozial-ökologischen Systemwechsel, die Positionierung zur »Modernisierungspolitik« der Ampelregierung, zu den Schwerpunkten des weiteren Parteiaufbaus. Auch ist die Wahlniederlage bei den Bundestagswahlen kaum aufgearbeitet und sind die latenten Konflikte zwischen Partei und Fraktion nicht geklärt.

Die Überfrachtung des Parteitages mit zeitraubenden Wahlgängen lässt befürchten, dass es kaum möglich sein wird, grundsätzliche Richtungsfragen befriedigend zu klären, so dringlich sie bearbeitet werden müssen. Deshalb braucht die Partei einen Plan, wie sie in relativ kurzer Zeit wieder mit politischen Positionen wahrnehmbar und ihrer Aufgabe als einzige linke Oppositionspartei gerecht werden kann. Gleichzeitig braucht sie einen Fahrplan, wie sie die grundlegenden Richtungsfragen konstruktiv diskutieren und entscheiden kann. Zu beidem will ich einige Bemerkungen und Vorschläge machen.

Konsistente und wahrnehmbare Politik statt Vielstimmigkeit

Es sind zu viele wichtige Fragen, die derzeit die Menschen bewegen, bei denen es zu viele unterschiedliche Stimmen gibt, und die den Eindruck verstärken, es wäre nicht klar, wofür DIE LINKE steht. Das betrifft in besonderem Maße den Krieg in der Ukraine und der damit verbundenen Einordnung von Russland oder die Bewertung von Sanktionen. Zur steigenden Inflation mit noch stärker steigenden Energiepreisen gibt es geradezu eine Kakophonie an Aussagen. Ähnliches gilt für die Energie- und Klimapolitik. Dabei gibt es einige zentrale Politikfelder, auf denen DIE LINKE ein Alleinstellungsmerkmal hat und sich Gehör verschaffen kann.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die gegen Aufrüstung und den Beginn eines

neuen Rüstungswettlaufs steht. Das bedeutet laut und deutlich Opposition zu machen gegen das 100 Mrd. Euro-Paket für die Bundeswehr, für das sogar das Grundgesetz geändert werden soll. Dazu kommt noch die Übererfüllung des Zwei-Prozent Ziels bei den laufenden Rüstungsausgaben. Alles in allem ein gigantisches Aufrüstungsprogramm, gegen das die bescheidenen Mittel für die Pflege, Bildung oder Mobilitätswende verblassen. DIE LINKE bleibt bei der Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine, auch wenn das bei der aktuellen Stimmungslage nicht einfach ist. DIE LINKE ist die Kraft, die der Logik der militärischen Eskalation nicht folgt. Das kann sie jedoch nur glaubwürdig, wenn sie ohne Wenn und Aber den grauenhaften Krieg des Putin-Regimes verurteilt und sich an die Seite der ukrainischen Bevölkerung stellt, die großes Leid und Grausamkeit erleben muss. Da waren nicht immer alle Stimmen aus der Fraktion hilfreich. Ebenso stehen wir an der Seite der Friedenskräfte in Russland, die starken Repressionen ausgesetzt sind und gerade deshalb unseren vollen Respekt haben.

Russland ist ein autoritärer Oligarchenkapitalismus mit eigenen imperialen Interessen, die auch militärisch durchgesetzt werden. Die Ukraine ist kein Einzelfall. Zuvor gab es schon militärische Interventionen in Georgien, Tschetschenien, die Annexion der Krim, die Niederschlagung des Aufstandes in Kasachstan, die Intervention in den Syrienkrieg. DIE LINKE muss gegen alle imperialen Bestrebungen und Kriege stehen, wenn sie als Friedenspartei glaubwürdig sein will. Dazu gehört auch, dass Sanktionen nicht grundsätzlich abgelehnt werden. Sanktionen sind eine Alternative zu Waffenlieferungen. Sie müssen sich jedoch in erster Linie gegen die Kriegstreiber und Oligarchen richten. Da ist noch viel Luft nach oben, gerade in Deutschland. Eine friedenspolitisch klar positionierte Partei wird dringend gebraucht. Gerade dann, wenn bei den anderen Parteien fast alle Dämme brechen, Aufrüstung, atomarer Abschreckung und massiven Waffenlieferungen das Wort geredet wird. 20-30% der Bevölkerung sind gegen das Aufrüstungsprogramm der Regierung. Sie brauchen eine politische Vertretung in- und außerhalb des Bundestages.

Antworten auf die neuen und alten sozialen Fragen geben

Die Bekämpfung von Leiharbeit, Befristungen, Werkverträgen und anderen Formen von prekärer Arbeit hat es so wenig in den Koalitionsvertrag gebracht, wie die Verbesserung der Tarifbindung. Dafür erleben wir erstmals seit Jahren wieder den Rückgang der Reallöhne, u.a. wegen der hohen Inflation. Die Konzerne hingegen verzeichnen hohe Gewinne und die Aktionäre feiern die üppigen Dividendenzahlungen. Außer der für dieses Jahr angekündigten Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro hat die Ampel in der Sozialpolitik und bei der Regulierung der Arbeit nicht viel zu bieten. Die Sätze für die Grundsicherung sind weit davon entfernt, armutssicher zu sein, das angekündigte Bürgergeld ist bisher nicht mehr als eine Worthülse und für die Kindergrundsicherung wurde kein Betrag in den Haushalt eingestellt. Der Bonus für die Pflegekräfte ist noch immer nicht ausbezahlt, eine grundsätzlich bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen sind in weite Ferne gerückt. In der Wohnungspolitik werden die eigenen Ziele der Regierung weit verfehlt.

Auch hier ist konsistente Politik in den sozialen Kernpunkten der Partei angesagt. Die SPD erweist sich nicht als die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Das ist alles äußerst bescheiden. Also keinen Überbietungswettbewerb an populistischen und ständig wechselnden Forderungen, sondern die Koalition angreifen und beharrlich die eigenen Forderungen und Positionen zur Regulierung der Arbeit und zur Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme in die gesellschaftliche Debatte einbringen.

Konsequenten Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit verbinden

Es darf kein Missverständnis geben, dass ein sozial-ökologischer Systemwechsel im Interesse der lohnabhängigen Bevölkerung ist. Raul Zelik und Harald Wolf schreiben zurecht: »Statt die ökologische Transformation zu bremsen, muss die Linke diese mutig vorantreiben und sozial gestalten, sprich dafür sorgen, dass Konzerne und Reiche (und eben nicht der/die einzelne Konsument*in) die Transformationskosten tragen.« Maßstab der konkreten Alltagspolitik ist also sowohl die soziale als auch die ökologische Steuerung. Das gilt z.B. für die aktuellen Vorschläge zur Abfederung der explodierenden Energiekosten und inflationären Entwicklung. Ulrich Schneider hat vollkommen Recht, wenn er sagt, dass es bei der Entlastung um Bedürftigkeit und nicht um Hubraum geht.

Sozial sind feste Beträge, die den unteren und mittleren Einkommensgruppen am meisten helfen, statt Steuersenkungen. Klimafreundlich sind Mobilitätsgeld und Senkung der Ticketpreise für den ÖPNV, statt Tankstellenrabatt. Preiskontrollen bei den Energiekonzernen, die sich dumm und dämlich verdienen, sind sinnvoller als Subventionen an der Tankstelle. Wir erleben schon die ersten Brüche von Teilen der Klimaschutzbewegung mit den Grünen, die selbst jetzt nicht in der Lage sind, solch bescheidene Maßnahmen wie ein Tempolimit durchzusetzen und stattdessen lieber Erdöl und Erdgas aus Katar einkaufen. Sie erwarten von der LINKEN, dass sie die Bundesregierung mit einer überzeugenden und konsequenteren Klimaschutzpolitik konfrontiert.

Verteilungs- und Steuergerechtigkeit in den Fokus nehmen

Gerade hier liegt die größte Schwachstelle der Ampel. Sie wird die notwendigen großen Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz, geschweige denn in die sozialen Sicherungssysteme nicht stemmen, wenn die Prämissen der Schuldenbremse und keine Steuererhöhungen aufrechterhalten werden. Dazu kommen noch die immensen Kosten der Pandemie und der Aufrüstung. Die Hoffnung, die ganzen Widersprüche mit Wachstum zu lösen, schmilzt dahin wie der Schnee in der Sonne. DIE LINKE kann deutlich machen, wie dringend

Bernd Riexinger war bis 2021 Ko-Vorsitzender der Partei DIE LINKE, er gehört der Bundestagsfraktion der Linkspartei an. Zuletzt schrieb er in Sozialismus.de, Heft 5-2021 »DIE LINKE vor den Bundestagswahlen«.

notwendig Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, bezahlbares Wohnen, Bildung, Gesundheit, sozialökologischen Umbau usw. sind, und dass sie über ein durchgerechnetes Konzept zur Finanzierung verfügt. Vor dem Hintergrund enormer Gewinne, Zuwachs bei den hohen Vermögen, schrumpfenden Reallöhnen und enormem Investitionsbedarf kann diese Position populärer werden.

Vertrauen gewinnt die Partei am ehesten zurück, wenn sie zu elementaren gesellschaftlichen Fragen, die einen erheblichen Teil der Bevölkerung umtreiben, konsistente und überzeugende Antworten hat. Partei- und Fraktionsführung müssen sich hierzu auf gemeinsame Kommunikationslinien verständigen und dafür sorgen, dass sie umgesetzt werden.

Grundsätzliche Richtungsdebatten, die ungeklärt sind

Es ist nicht weiter verwunderlich, dass es nach einer Reihe von Wahlniederlagen, deren Ursachen unterschiedlich interpretiert werden, Richtungsdebatten gibt. Hilfreich dabei ist sicherlich nicht, dass es vom Parteivorstand bis heute noch keine abgestimmte Wahlauswertung gibt. Eine in und außerhalb wiederholt vorgetragene Erklärung ist, dass die Partei wichtige Wählergruppen, wie Arbeiter, prekär Beschäftigte, Menschen im Niedriglohnbereich und Erwerbslose vernachlässigt hätte. DIE LINKE wolle grüner als die Grünen werden. Das verstärkte Aufgreifen von Klimagerechtigkeit und ökologischen Themen würde nur die Grünen selbst stärken. Deshalb müsse der Fokus wesentlich stärker als bisher auf Sozialstaat, soziale Gerechtigkeit und Frieden gerichtet werden, Klimafragen können nur aus der Brille der sozialen Gerechtigkeit betrachtet und angegangen werden. Eigentlich schien diese Auseinandersetzung entschieden, indem programmatisch ein Konzept zum sozial-ökologischen Systemwechsel erarbeitet und in das Wahlprogramm integriert wurde.

Nur hat es beim Wahlkampf zur Bundestagswahl keine Rolle gespielt. DIE LINKE hat einen Wahlkampf gemacht, der sich kaum von denen der Jahre 2013 und 2017 unterschieden hat. Gab es jedoch bei diesen Wahlen eine große Übereinstimmung zwischen den inhaltlichen Schwerpunkten des linken Wähler*innenpotenzials und denen des Wahlkampfes, war das 2021 nicht mehr der Fall. Klimaschutz ist bei allen Wähler*innen, verstärkt durch die heißen und trockenen Sommer und den Überschwemmungen in NRW und Rheinland Pfalz, plötzlich zum wichtigsten Thema geworden. Und das besonders bei den Anhänger*innen der LINKEN (bei ihnen hatte mit über 60% das Thema Klimaschutz höhere Werte als bei den Grünen). Während die SPD ihr soziales Feld »soziale Gerechtigkeit« geschärft und um das Thema Klimaschutz erweitert hatte, die Grünen ihr zentrales Feld »Klimaschutz« um soziale Gerechtigkeit ergänzt hatten, verzichtete DIE LINKE darauf weitgehend. So waren die sozialen Forderungen der Linken kaum unterscheidbar von Grünen und SPD (alle zusammen mehr oder weniger sozialdemokratisch). DIE LINKE hatte zum sozialökologischen Umbau keine wahrnehmbare Erzählung.

Bei der Klimakrise müssen alle Parteien Konzepte vorlegen, auch und gerade DIE LINKE. Während das der Grünen und der SPD auf die Modernisierung des Kapitalismus zielt, mit der dafür nötigen Transformation der Industrie und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, muss DIE LINKE Einstiege in einen grundlegenden sozialökologischen Systemwechsel formulieren und umsetzen. Sie darf dabei ihr politisches Feld von Arbeit und sozialer Gerechtigkeit nicht verlassen, sondern muss es erweitern und ein schlüssiges Konzept der Verbindung von Löhnen und Regulierung der Arbeitsbedingungen, sozial-ökologischer Infrastruktur, Verteilungsgerechtigkeit und konsequentem Klimaschutz vorlegen. Ob das dann linker Green New Deal, sozialökologischer Systemwechsel (Riexinger) oder Ökosozialismus (Dörre) heißt ist letztlich eine strategische Frage.

Verbindende Klassenpolitik als verkürzte Milieudebatte

Es ist wenig verwunderlich, dass es einen engen Zusammenhang zwischen dem Stellenwert, der der Klimaschutzfrage und dem sozial-ökologischen Umbau beigemessen wird, und der Milieudebatte gibt. Vereinfacht lautet die Kritik, dass die vorherige Parteiführung die Partei zu sehr für neue Milieus in den urbanen Zentren geöffnet hat. Mit der Position zu offenen Grenzen und Zuwendung zu ökologischen Fragen und der Klimaschutzbewegung verliert DIE LINKE seit Jahren in den Unterklassen und bei den Arbeitern. Lev Lhommeau schreibt im Freitag, dass DIE LINKE vor den Trümmern dieser Strategie stehen würde. »Für die Linke ist es daher wenig erfolgversprechend, so weiterzumachen als bisher oder gar grüner als die Grünen zu werden. Sie vertieft sonst die Gräben zwischen sich und den Volksklassen und buhlt um Gruppen, die die Grünen bereits gut vertreten.« Er empfiehlt dann, auf Forderungen wie nach offenen Grenzen oder Abschaffung des Verbrennungsmotors bis 2030 zu verzichten. Ich habe diesen banalen wie oberflächlichen Artikel deswegen zitiert, weil ähnliche Interpretationen der Wahlniederlagen in Teilen der Partei oder noch mehr in der Fraktion vertreten werden, wenn sie auch in der Partei nicht mehrheitsfähig sind. Es dürfte ohnehin fraglich sein, inwieweit sich eine linke Partei einfach ihre Wähler*innengruppen aussuchen kann, aber so zu tun, als müsse man sich nicht den verschiedenen sich miteinander verschränkenden Krisen und Umbrüchen unserer Zeit (Wirtschafts- Klima- Gerechtigkeits- und Hegemoniekrise) stellen und geeignete Antworten finden, und stattdessen einfach auf die Modelle der Gründungszeit setzen, ist der falscheste Ratschlag. Aber Ratschläge können ja bekanntlich auch Schläge sein.

Einmal davon abgesehen, dass bei einer nahezu Halbierung der Stimmen die Verluste in allen Gruppen stattfinden, sind die Begriffe Arbeiter, Unterklassen usw. recht ungenau, genau wie die Milieuzuschreibung der Wähler*innen der Grünen. Die Definition Arbeiter ist in den Wahlauswertungen eine Selbstzuschreibung und sagt nicht mehr besonders viel aus. Eine Hilfskraft im Krankenhaus wird sich als Angestellte bezeichnen, ein Beschäftigter im Service bei der Telekom als Arbeiter, obwohl dessen soziale Lage ungleich bes-

ser ist. 28% der Gewerkschafter*innen haben bei den Bundestagswahlen Grüne gewählt. Darunter werden nicht wenige Erzieher*innen oder Pflegekräfte sein. Die Grünen sind längst auf dem Wege, die Sozialdemokratie als eine Art ihrer moderneren Ausgabe einzuholen und nicht auf eine Partei der akademischen Mittelschicht reduzierbar. Tatsächlich sind bei den Bundestagswahlen ca. 1,3 Mio. Wähler*innen, die bisher DIE LINKE gewählt haben, zur SPD und den Grünen gewechselt. Die Schnittstellen zur AfD sind hingegen äußerst gering. Fast die Hälfte davon hat die Grünen gewählt und wohl kaum, weil sie im sozialen Bereich die besseren Konzepte haben.

Eine Verengung der Milieus und auch der »Klassenpolitik« würde mit großer Sicherheit auch noch die jüngeren Wähler*innen vertreiben, die die Partei bei den jüngsten Wahlen überdurchschnittlich gewählt haben, jedoch kaum die »früheren« Wählerschichten zurückholen. Es ist weitgehend unstrittig, dass der wichtigste Bezugsrahmen die Interessen der Mehrheit der Lohnabhängigenklasse sein muss. Das besser zu kommunizieren und den Ansatz der verbindenden Klassenpolitik weiter zu entwickeln, wäre allemal fruchtbarer als öffentliche Debatten darüber zu führen, welche Wähler*innengruppen einem wichtiger sind als andere. Das vertreibt im Zweifelsfall Anhänger*innen aller Gruppen.

»Neuausrichtung« in der Außenpolitik

Es ist schon befremdlich, dass DIE LINKE, die sich zurecht als einzig verbliebene Friedenspartei im Bundestag bezeichnet und konsequent gegen Auslandseinsätze, wie auch gegen Aufrüstung und Kriegsrhetorik gestellt hat, ausgerechnet dann weitere Wähler*innen verliert, wenn ein Krieg inmitten von Europa ausbricht. Obwohl 30 bis 45% der Bürger*innen die Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine ablehnen und auch das Sondervermögen von 100 Mrd. Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr keinesfalls ungeteilte Zustimmung findet, führt das bisher nicht dazu, dass die einzige Partei, die diese Position vertritt, gestärkt wird. Das hängt nicht unwesentlich damit zusammen, dass der Partei eine zu große Nähe zu Russland zugeordnet wird.

Obwohl der Parteivorstand und auch die Fraktion uneingeschränkt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg durch Russland verurteilt haben, hält sich diese Wahrnehmung hartnäckig. Das Auftreten von Sahra Wagenknecht und anderen Außenpolitiker*innen kurz vor Ausbruch des Krieges und auch aktuell noch, ist nicht unbedingt geeignet dieses Bild zu korrigieren, obwohl sich die Parteiführung große Mühe gibt. Dazu kommt, dass gerade in linksliberalen Medien und von den Grünen Stimmung für Waffenlieferungen gemacht wird, die selbst den etwas bedächtiger abwägenden Kanzler Scholz und die etwas vorsichtigere SPD in die Defensive gebracht haben.

Dass auch innerhalb der sozialistischen und marxistischen Linken Unsicherheit bis hin zur Verwirrung um sich greifen, zeigt ein Interview des marxistischen Autors, Paul Mason, in der taz vom 21.5.2022. Er plädiert dort nicht nur für Waffenlieferungen an die Ukraine, sondern fordert auch ein Bekenntnis zur NATO, die reformiert werden müsse. Ausgerechnet die größte Militärmaschine der Welt soll eine Chance sein, die westlichen Demokratien gegen die »totalitären Diktaturen« Russland und China zu verteidigen. Diesen Weg darf DIE LINKE nicht gehen. Sie muss weiterhin eine klare Stimme gegen Waffenlieferungen, Beginn eines neuen Wettrüstens, eine Stimme für Diplomatie und Vernunft sein.

DIE LINKE sollte jedoch ihre außenpolitische Positionierung mit klareren Analysen unterlegen und teilweise auch modifizieren. So ist die teilweise gepflegte Betrachtungsweise »der Feind meines Feindes ist mein Freund« genauso wenig angemessen wie der Vorwurf, wer Russland kritisiere, wäre ein Anhänger der Äquidistanz, in dem Russland mit der ungleich größeren Gefahr des US-Imperialismus gleichgesetzt werde. Das ist wenig hilfreich. Vielmehr erleben wir gerade massive Verschiebungen der weltweiten hegemonialen Anordnung. Hierbei geht es um wirtschaftliche, militärische und kulturelle Hegemonie. Nicht umsonst richtet die USA ihre militärische Ausrichtung verstärkt nach China. Die Herausbildung neuer Hegemonialkräfte und deren Einfluss und Stellung geschieht meist krisenhaft und erhöht die Gefahren militärischer Auseinandersetzungen und von Kriegen.

Eine produktive Auseinandersetzung und Debatte über diese Entwicklungen könnte DIE LINKE von ihrer teils unterkomplexen Sichtweise befreien und ihre Rolle als Friedenspartei, die außenpolitisch glaubwürdige Antworten hat, stärken. Gegenwärtig brechen fast alle Dämme für Abrüstung und Entspannungspolitik, dafür greift eine Art Django-Mentalität um sich, in der stark gemacht wird, dass die Ukraine den Krieg um jeden Preis gewinnen muss. Ob diese Sichtweise realistisch ist, wird nicht einmal in Frage gestellt, geschweige denn darüber nachgedacht, wie wir zu Waffenstillstand und Friedensverhandlungen kommen. DIE LINKE wird dringend gebraucht, um einen anderen friedenspolitischen Zugang in die öffentliche Debatte einzubringen. Dazu muss sie jedoch glaubwürdig gegenüber allen Staaten für Völkerrecht und Menschrechte stehen.

Es ist völlig klar, dass der Parteitag im Juni nicht zeitraubende Wahlen durchführen, wichtige Richtungsdebatten entscheiden und noch die erwartete Aufbruchsstimmung erzeugen kann. Die vielen Erwartungen an eine grundsätzliche Erneuerung oder gar Neuaufstellung drohen der Partei auf die Füße zu fallen. Ständig wird nach außen vermittelt, die Partei sei nicht so, wie sie eigentlich sein müsste, oder wäre noch die gleiche wie vor zehn Jahren. Wer etwas verbessern will, ist gut beraten, Vorschläge dafür zu machen. Die Haltung »Wir müssen reden«, ohne konkrete Vorschläge zu machen, wird weder zum Reden noch zur produktiven Diskussion anregen.

DIE LINKE braucht jetzt dringend Unterstützung und (kritische) Solidarität aus ihrem Umfeld. Eine Stimmung aus Mitleid (was macht ihr gerade, kommt ihr da wieder raus) oder Häme (DIE LINKE am Abgrund oder überflüssig) ist kaum auszuhalten. Wenn DIE LINKE als demokratisch-sozialistische Partei nicht gestärkt wird, wird es kaum möglich sein, in den nächsten 15 Jahren ein neues Parteiprojekt auf den Weg zu bringen.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Kapital ❒ 68er ❒ ABC

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de